

Überall vollbringt unsere Jugend im „Friedensaufgebot der FDJ“ Vorbildliches für die sozialistische Heimat

Aus dem Wahlauftritt des Nationalrates der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik

Großes Volksfest am 6. Mai

Laßt euch einladen und macht mit!

Alle im Alter zwischen 2 und 82 Jahren sind aufgefordert, teilzunehmen. Oberste Zielstellung, höchste Verpflichtung ist ein gelungenes Fest, ist überschäumende Lebensfreude.

Der Gang zur Wahlurne wird eine Stellungnahme jedes einzelnen zur sozialistischen Gesellschaft, eine Positionsbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft, 35 Jahre Friedenspolitik heißt nicht einfach nur 35 Jahre Nicht-Krieg, sondern 35 Jahre der Sicherung des Lebens in seiner ganzen Schönheit und Vielfalt. Die Fülle der Lebenserfahrungen in unserer Gesellschaft ist groß, die Wahlentscheidung jedes einzelnen konkret.

Bekannt euch zum Kampf für Frieden, bekennet euch zum Leben! Denkt an die Schrecken und das Inferno eines barbarischen Krieges, denkt aber auch an die Schönheit des Lebens! Wann ist der Zeitpunkt günstiger, die Lebensfreude öffentlich zu demonstrieren, als am Tag einer solchen Wahlentscheidung?

Am 6. Mai ab 10.00 Uhr findet in der Straße des 18. Oktober nahe der Pablo-Neruda-Oberschule ein großes Volksfest statt. Initiatoren sind die Genossen des 2. Studienjahres der Sektion Germanistik und Literaturwissenschaft. Eingeladen sind alle! Gemeinsam mit der Partei, der PDJ und dem Wohngebietskomitee wurden die Voraussetzungen für die Durchführung des Festes geschaffen. Das Gelingen des Festes aber können nur die Teilnehmer selbst garantieren.

Kommt und beteiligt euch! Den Initiativen sind keine Grenzen gesetzt. Bringt eure Familien, bringt Verwandte und Kinder mit! Vom Kinderfest bis zur Rentnerveranstaltung reicht die Spannweite der Veranstaltungen, Singgruppen, Tanzgruppen, Chöre, Puppen- und Straßentheater, Lesenspiele und Schriftstellerlesungen gehören zum Programm. Popsymnastik und Sportspiele, Schießwettbewerbe und Simultanschach, Versteigerungen und Malwettbewerbe - alles Möglichkeiten, sich selbst auszuprobieren.

Beteiligt euch! Ob Blasmusik, Kammermusik oder Diskoabend - jeder mag hinblöhen, wo er will und wo er kann, geht auf Entdeckungsfahrt eurer Gefühle und Neigungen! Jeder ist herzlich eingeladen mitzutun! Weg mit der Einstellung, sich von anderen unterhalten zu lassen! Wir selbst sind verantwortlich dafür, wer wir geworden sind und auch dafür, was aus uns wird, für die Form unserer Arbeit und auch für die Form unserer Feiern. Vergessen wir nie, daß sich der Reichtum einer Gesellschaft im Leben selbst beweist, nicht im Konsum, sondern in der Lebensfreude! Beweisen wir: Das Leben ist lebenswert!

BERND WANNER, Agitator der FDJ-Gruppe 82-11 Germ.-Lit.

Handbuch für den Abgeordneten im Staatsverlag erschienen

Ein „Handbuch für den Abgeordneten“ ist im Staatsverlag der DDR erschienen. Zu einer Fülle von Fragen, die insbesondere Abgeordnete der örtlichen Volksvertretungen interessieren, werden über 300 Stichwörter zu Begriffen von „Abgeordnetenstatus“ bis „Zweckverband“ erläutert. Grafische Darstellungen im Anhang des Handbuchs sind Anschauungsmaterial zum Wirken der Volksvertretungen, ihrer Organe und Abgeordneten.

ANTWORT AUF WÄHLERFRAGEN Volksvertreter entscheiden auch Fragen, die die Arbeit an der Universität betreffen

Welche Rechte sind im Wahlgesetz für die Bürger der DDR und somit auch für uns als Angehörige der Karl-Marx-Universität in Ausübung der Wahl fixiert?

Die örtlichen Volksvertretungen leiten und planen die politische, ökonomische, soziale und geistig-kulturelle Entwicklung in ihrem Territorium mit dem Ziel, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempes der sozialistischen Produktion, der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Durch die Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe werden die territorialen Voraussetzungen für die weitere dynamische Entwicklung unserer Volkswirtschaft geschaffen. Es gibt nahezu keine Frage der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in der DDR, die nicht durch die Entscheidungen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe zumindest berührt wird. Auch die Tätigkeit der Universitätsangehörigen steht in unmittelbarer Beziehung zu den Entscheidungen der für sie zuständigen örtlichen Volksvertretung, nicht nur dadurch begründet, daß die Universitäten und Hoch- und Fachschulen letztlich ihren Sitz in den örtlichen Territorien haben. Durch die Entscheidungen der örtlichen Volksvertretungen werden auch die Bedingungen für die Arbeit an der Universität geschaffen, wie die Universität ihrerseits ihr Potential in bedeutendem Maße zur Lösung der Aufgaben des Territoriums einsetzt. Aus der unmittelbaren Beziehung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen zum jeweiligen Territorium, zur ständigen örtlichen Volksvertretung und ihrem Rat resultiert auch die Entscheidung über die Teilnahme der Studenten an den Wahlen zu den Volksvertretungen ihres Studienortes. (Vgl. Paragraph 23 des Wahlgesetzes.)

Bildung und politischen Reife der jungen Generation in der DDR.

Die aktive Teilnahme aller wahlberechtigten Bürger an der Vorbereitung der Wahlen und die Stimmabgabe am Wahltag ist als Grundrecht ausgestaltet (Art. 22 der Verfassung der DDR). Die Verwirklichung dieses Rechts ist zugleich eine hohe moralische Verpflichtung für jeden Bürger, die Realisierung



seiner staatsbürgerlichen Verantwortung im Sinne der Artikel 2 und 31 der Verfassung der DDR, an der Ausübung der politischen Macht teilzunehmen. Zur Gewährleistung dieses Rechts obliegt es den verantwortlichen Staatsorganen, u. a. durch die Bildung von Wahlbezirken (Paragraphen 22, 23 des Wahlgesetzes), die Aufstellung der Wählerlisten (Paragraph 24), die Übermittlung der Wahlberechtigungen (Paragraph 25) sowie die Auslegung der Wählerlisten zur öffentlichen Einsichtnahme (Paragraph 26) die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Das ist zur Sicherung des Wahlrechts bedeutsam, da die Eintragung des Wählers in die Wählerliste seines Wahlbezirks Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahlhandlung ist (Paragraph 24 Absatz 1). Wegen der hohen Bedeutung, die der Wahrnehmung des Grundrechts auf Teilnahme an der Wahl zukommt, sind im Paragraph 27 des Wahlgesetzes die Einspruchsmöglichkeiten des Wählers gegen Unvollständigkeit der Wählerliste fixiert. (Damit wird auch die Verantwortung jedes Studenten deutlich, durch sofortige Information über Veränderungen zu seiner Person beizutragen, die zur Wahlvorbereitung erforderlichen Dokumente zu erarbeiten bzw. zu berechtigen.)

Wenn in Ausnahmefällen wahlberechtigte Bürger am Wahltag verhindert sind, in ihrem Wahlbezirk zu wählen, kann ein Wahlschein aus-

gestellt werden (Paragraph 28), um ihnen die Wahrnehmung ihres Grundrechts zu gewährleisten. Mit diesem Wahlschein kann der Wähler bereits vor dem Wahltag (21 Tage vor dem Wahltermin) in Sonderwahllokalen seine Stimme abgeben.

Höhepunkt der Wahlbewegung ist die Stimmabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front am Wahltag. In einem umfangreichen Verfahren gründlich unter Teilnahme der Wähler geprüft, erhalten die Kandidaten das Vertrauen ihrer Mitbürger und das Mandat eines Abgeordneten einer Volksvertretung. Die Stimmabgabe erfolgt auf der Grundlage der Eintragung des Wählers in die Wählerliste im jeweiligen Wahllokal. Der Wahlberechtigte erhält vom Wahlvorstand die Stimmzettel, nachdem er sich durch Vorlage des Personaldokuments zur Person ausgewiesen hat und bereitet diese zur Stimmabgabe vor. Diese erfolgt durch Einwerfen der Stimmzettel in die Wahlurne (Paragraph 37).

Laut Paragraphen 32 und 37 Absatz 4 des Wahlgesetzes besteht für die Wähler die Möglichkeit, die Stimmzettel durch Benutzung einer Wahlkabine unbeobachtet für die Abgabe vorzubereiten. In der Geschichte unserer sozialistischen Wahlen hat sich immer mehr die Praxis herausgebildet, daß die Wähler offen ihre Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front der DDR abgeben. Diese offene Stimmabgabe ist das Ergebnis der aktiven Teilnahme der Wähler an der Vorbereitung der Wahlen, der Möglichkeit, Kandidaten, die das Vertrauen der Wähler nicht rechtfertigen, vorher vom Wahlvorschlag abzusetzen. Sie ist aber auch das Resultat der Aussprachen zu Grundfragen unserer Staatspolitik, der Tätigkeit der Volksvertretungen, der Abrechnung der geleisteten Arbeit in der zurückliegenden Wahlperiode und damit das bewußte und offene Bekenntnis zu den Kandidaten der Nationalen Front der DDR und der von ihnen vertretenen Politik in unserer sozialistischen Gesellschaft.

Es ist für alle Angehörigen der Universität Ehre und Verpflichtung, ihren Beitrag dazu zu leisten, die Wahlen am 6. Mai 1984 zu einem überzeugenden Bekenntnis aller Bürger für das sozialistische Vaterland, zur Politik des Friedens, des Wohlstandes, des Wachstums und der Stabilität zu gestalten. Durch die Studenten, die am Hochschulort an den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leipzig und zur Stadtbezirksversammlung Leipzig-Mitte teilnehmen, kommt dieses Bekenntnis auch dadurch zum Ausdruck, daß sie frühzeitig, geschlossen und im Blauhemd von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Dr. sc. BERND KADEN

Zu Gast im PUK bei den Journalistikstudenten: Abgeordnete Prof. Dr. Annelore Klose-Berger

In Vorbereitung auf die Kommunalwahlen zahlreiche Veranstaltungen an der Sektion Journalistik

Der weiteren Vorbereitung der Kommunalwahlen dienen zwei Veranstaltungen an der Sektion Journalistik Ende April, auf denen sich die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Prof. Dr. sc. Annelore Klose-Berger (SED) und Prof. Dr. sc. Rolf Borsdorf (NDPD) vorstellten.

Zu Gast im Studentenklub PUK im Lößnitzer Internat weilte der Prorektor für Erziehung und Ausbildung unserer Universität. An Beispielen aus ihrer eigenen Arbeit als Volksvertreterin konnte Genossin Klose-Berger überzeugend darlegen, welche wichtige Rolle die Volksvertreter in unserem gesellschaftlichen Leben spielen, nicht nur in der Zeit unmittelbar vor und nach den Wahlen. Die gute Bilanz in der Stadt Leipzig, die für jeden sichtbar ist, der mit offenen Augen durch die Stadt geht, sei auch zu einem guten Teil Ergebnis der aktiven Arbeit vieler Abgeordneter mit ihren Wählern. Persönliches Vorbild und Engagement im Wahlkreis und in seinem Arbeitskollektiv sind wichtige Voraussetzungen, um als Abgeordneter wirksam zu werden, betonte die Kandidatin für das Leipziger Stadtparlament, für das sie zum zweiten Mal kandidiert. Auf viele Fragen

der Studenten gab Annelore Klose-Berger Antworten, die zeigten, daß auch den Problemen der Studenten großes Augenmerk in den Volksvertretungen geschenkt wird.

Mit Studenten des 3. Studienjahres, Wissenschaftlern und Mitarbeiter



Gesprächspartnerin Annelore Klose-Berger berichtet über ihre Abgeordnetentätigkeit.

tern der Sektion traf sich der Hochschullehrer an der Sektion Chemie, Prof. Dr. Rolf Borsdorf. Er berichtete zunächst über seine Arbeit in der Kommission Finanzen und Preise der Stadtverordnetenversammlung. Mit konkreten Zahlen, so z. B. der Tatsache, daß der Staat zu jeder Straßenbahnfahrt in Leipzig 49 Pfennig „beisteuert“, machte er deutlich, wie unsere zweite Lohnstufe gefüllt wird. Als wesentlichsten Grund für seine erneute Kandidatur hob Prof. Borsdorf hervor, daß er die Erfahrung gemacht hat, daß sich durch die Tätigkeit der Abgeordneten in unserem Staat, in unserer Stadt etwas verändert zum Wohle aller Bürger. Dabei mitwirken sei eine verantwortungsvolle, aber auch schöne Aufgabe.

In den vergangenen Tagen fanden bei den Journalisten weitere Veranstaltungen statt, so ein Erstwählerforum mit dem Sektionsdirektor und zwei Übungsstagen im 1. und 2. Studienjahr, in deren Mittelpunkt die Kommunalwahlen standen. 100 Studenten und Wissenschaftler bereiten sich auf ihren Einsatz als Agitatoren im Stadtbezirk West am 6. Mai vor.

Dr. MANFRED ANDERS Foto: Uhlemann

Beim Festival in Berlin mit dabei:

Lutz Kuntzsch, GO Germ.-Lit.



UZ: Lutz, du bist Delegierter deiner GO zum Nationalen Jugendfestival. Mit welchen Erwartungen fährst du nach Berlin?

Lutz: Meine Erwartungen verbinden sich mit bereits Erlebtem. Ich denke an die X. Weltfestspiele, bei denen ich als Pionier dabei war, an die Pfingsttreffen der letzten Jahre... Wir wissen, wofür wir demonstrieren: für den Frieden und unsere sozialistischen Errungenschaften und dafür, daß wir sie schützen. All das wird sich verbinden mit dem Elan der Jugend, mit der Lebensfreude, die uns erfüllt.

UZ: Ein reichlicher Monat trennt uns noch von diesem großen Verbandstreffen. Wie sehen die Vorbereitungen bei euch aus?

Lutz: Die Vorbereitungen betreffen alle Bereiche der Verbandsarbeit und stehen natürlich in engem Zusammenhang zu den Aktivitäten vor dem 1. Mai und den Kommunalwahlen am 6. Mai.

Unsere Gruppe 82-02 startete geschlossen einen Arbeitseinsatz auf der Post, dessen Erlös wir auf das Festivalkonto überwiesen. In der Mitgliederversammlung April... Die DDR - mein Vaterland - luden wir uns Gäste ein und erleben von und mit ihnen gemeinsam ein Stück FDJ-Geschichte. Kritisch unterzogen wir dabei unsere eigenen Haltungen einer Prüfung und erhielten so manchen Denkanstoß.

So bleiben auch diejenigen, die nicht zum Festival fahren nicht „draußen“, werden aktiv einbezogen. In unserer Gruppe gibt es keinen Jugendfreund, der nicht

mitmachen würde, wenn es ums Festival geht. Denn Vorbereitung auf das Ereignis heißt doch auch für alle tagtägliche Studienarbeit. Die Prüfungszeit rückt heran. Die guten Ergebnisse der Zwischenprüfung bestärken uns, auf dem begonnenen Weg weiterzumachen. Das heißt konkret: schon jetzt Schwerpunkte setzen, Konstitutionen organisieren usw.

UZ: Lutz, ihr werdet als POS-Lehrer für Deutsch/Geschichte ausgebildet. Das heißt für euch in einem Jahr, die FDJ-Arbeit einer Klasse zu unterstützen.

Lutz: Wir sehen besonders selbst dem Praktikum einen sehr engen Zusammenhang zwischen FDJ-Arbeit und unserem künftigen Beruf. Wir wollen das Festival auch als Möglichkeit des Gedankens- und Meinungsaustausches nutzen und viel Kraft und neue Ideen wieder mit nach Hause bringen.

Das Gespräch führte STEFFI GRÜNEWALD

Problemgeladene Diskussion über ein neues Jugendobjekt

Lehrerstudenten tauschten erste Erfahrungen aus

Wer ein Erfolgsrezept erwartet, wurde enttäuscht beim Erfahrungsaustausch zum Jugendobjekt „Politisch-pädagogische Tätigkeit“, zu dem die FDJ-Grundorganisation der Sektion TAS eingeladen hatte. Diskussionsstoff gab es jedoch genug. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß es sich dabei um einen Versuch handelt, den - durch die Einführung des 5-jährigen Pädagogikstudiums bedingt - Wegfall der politisch-pädagogischen Tätigkeit als obligatorische Studienform durch ein Jugendobjekt zu kompensieren. Mit dieser wertvollen Ergänzung zum Studium soll erreicht werden, daß die Studenten ihr theoretisches Wissen in der Praxis unter Beweis stellen können, daß ihre Motivation zum Pädagogikstudium gefestigt wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, schlossen die FDJ-Grundorganisationen der lehrerbildenden Sektionen Biowissenschaften, Germanistik/Literaturwissenschaft, Geschichte, Kultur und Kunstwissenschaften, Mathematik und TAS mit Leipziger Schulen Verträge über die Einbeziehung von Studenten des 1. Studienjahres in die gesellschaftliche Arbeit der Schüler ab. Dabei wurden von den einzelnen Sektionen unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit gewählt.

33 Studentinnen der Sektion TAS arbeiten an der Fritz-Austel-Oberschule als Gruppenleiter, als Leiter von Zirkeln „Unter der blauen Fahne“.

des FDJ-Studienjahres und verschiedener Klubs. An der Sektion Mathematik dagegen zeichnete eine gesamte Seminargruppe für die Arbeit an der Etkar-André-Oberschule verantwortlich, d. h., die Studenten führen den Zirkel „Unter der blauen Fahne“ und Pionierschichtarbeit durch. Außerdem organisieren sie zentrale Veranstaltungen an der Schule wie zum Beispiel Knebelnachmittage und einen Besuch der KNU. Welche Form die günstigere ist, muß jede Grundorganisation selbst entscheiden, entsprechend ihren Möglichkeiten, den Anforderungen der jeweiligen Schule und den Interessen der Studenten. Erste Erfahrungen liegen bereits vor.

Die Studenten berichteten über ihre Tätigkeit, über ihre Erfolge und den Spaß bei der Arbeit mit den Schülern und auch über ihre Probleme. Und davon gab und gibt es nicht wenige. Sie beginnen beim Informationsaustausch zwischen den Beteiligten, erstrecken sich über Fragen der Verantwortlichkeit bis zur Anleitung der Studenten durch die Lehrer und enden bei organisatorischen Schwierigkeiten. Fragen der Vertragsgestaltung gibt es ebenfalls neu zu überdenken. Eine wertvolle Hilfe für die Weiterführung der politisch-pädagogischen Tätigkeit als Jugendobjekt im nächsten Studienjahr werden die Erfahrungsberichte der Studenten und die Einschätzungen der Schulen geben. UTE SCHELLENBERG



Diejenigen, die gekommen waren, wollten wissen, wie es die anderen machen und gemeinsam beraten, wie es anzupacken ist: die politisch-pädagogische Tätigkeit der Lehrerstudenten. Foto: HFBS (Seeligmüller)